

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbon d

## Inhalt

Hans Koschnick, Mitglied  
des SPD-Präsidiums, nimmt  
Stellung zur EKD-Studie  
über die Arbeit.

Seite 1

Dr. Karl-Heinz Klejdzinski  
MdB kritisiert Stil und  
Inhalt der Jennings-Ant-  
wort auf seine Frage nach  
den Personalkosten der  
Bundesregierung.

Seite 4

Wilderich Freiherr Ostmann  
von der Leye zeichnet die  
Geschichte des Reichsbanner  
Schwarz-Rot-Gold nach und  
begründet, warum dieser  
Kampfbund jetzt reakti-  
viert wird.

Seite 5

37. Jahrgang / 205

27. Oktober 1982

Beachtliches Dokument

-----  
Anmerkungen zu einer Studie der EKD

Von Hans Koschnick  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die EKD hat unter dem Stichwort "Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen" eine große, sehr fundierte, wenn auch an einigen Stellen noch ergänzungsbedürftige Studie vorgelegt. Sie eröffnet uns zu einem Zeitpunkt Zukunftsperspektiven, wo wir zu ahnen beginnen, daß selbst die Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage keine entscheidende Wende am Arbeitsmarkt einzuleiten vermag.

Wollte man das Besondere dieser Studie auf einen Nenner bringen, würde ich es folgendermaßen ausdrücken: Nicht die Anknüpfung an ein nur ökonomisches Wachstum, sondern allein eine in der Bevölkerung veränderte Einstellung zur Erwerbsarbeit schlechthin kann Arbeit dauerhaft sichern. Der Wertewandel der Arbeit ist der Schlüssel zu einer solidarischen Gesellschaft von morgen. Eine der wichtigsten Neuerungen der Zukunft werden Reallohneinbuße, weniger Arbeitszeit in der Erwerbstätigkeit, dafür aber mehr Aktivität in Tätigkeiten mit hoher Entfaltungsmöglichkeit und Eigentätigkeit sein.

Wenn ein Vergleich erlaubt ist: Die seinerzeitige Ost-Denkschrift der EKD war deshalb so zukunftsweisend, weil sie eine neue außenpolitische Initiative in erster Linie von einer Einstellungsänderung in der Bevölkerung zum Thema Heimat sich denken konnte. Übertragen auf das Thema Arbeit darf man der neuen EKD-Studie eine ähnliche Qualität bescheinigen.

Es gibt gegenwärtig keine gesellschaftliche Gruppe, die, wie die Kirche, ein verändertes Verständnis von Arbeit in der Bevölkerung tragen könnte. Dabei ist etwas sehr Selbstverständliches geschehen. Während sich die Politiker um die geeigneten sozialpolitischen Maßnahmen zur Linderung gegen-

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verleger-Lösung  
mit 100% recyceltem  
Recycling-Papier



wärtiger Arbeitslosigkeit streiten, läßt die EKD auch die sozialetischen Leitlinien einer zukünftigen Beschäftigung mit Arbeit aufschreiben. Dabei ist sie auf dem humanphilosophischen Gebiet zu Ergebnissen gekommen, die weder für die neue Bundesregierung, noch die Gewerkschaften schmeichelhaft ausfallen. Das gleiche wäre übrigens auf eine sozial-liberale Koalition vor dem 1. Oktober zugetroffen. Besonders für die neue Bundesregierung aber muß diese Studie eine beträchtliche Irritation darstellen - zeigt das Dokument doch die wachsende Skepsis in weiten Teilen des Protestantismus gegenüber den marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien als Heilmittel der Zukunft.

Selten hat die Evangelische Kirche die drei politisch-geistigen Hauptströmungen der Gegenwart so radikal einer Grundlagenkritik unterzogen. Sowohl CDU, SPD als auch FDP wird vorgehalten, daß sie einem Verständnis von Arbeit nachhängen, das überholt sei: Eine Art "Arbeitsreligion", die den Erfolg der Arbeit zum alleinigen Lebenszweck erklärt. Befremdlich, aber dennoch stimulierend muß es wirken, wenn die Kirche stattdessen - und ganz bewußt bei über zwei Millionen Arbeitslosen - nach einer größeren Verschiebung zu Muße und Freizeit, nach mehr Lebensphasen frei von Erwerbsarbeit ruft, um, man höre und staune, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Mehr sinnerfülltes Leben und mehr Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt der späten 80er Jahre.

Ich kann mich an dieser Stelle nicht mit allen Einzelheiten dieser Studie auseinandersetzen; aus der SPD wird deshalb in Vorbereitung auf den nächsten Kirchentag 1983 eine ausführliche Antwort erarbeitet werden. Folgende Wertungen ihrer Kernaussagen lassen sich jedoch schon jetzt vornehmen:

1. Obwohl das in erster Linie ökonomisch ausgerichtete Verständnis von Wachstum für eine kurzfristige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unerlässlich ist, führt die Studie sehr richtig schon jetzt den Gedanken in die Diskussion ein, längerfristig von anderen Faktoren für die Beschäftigungssituation auszugehen (Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sozial-humane Investitionsfelder, höherer Anteil von Eigenarbeit an der Einkommenssicherung und so weiter).
2. Es ist der Studie voll zuzustimmen, wenn sie im Sinne vorbeugender, anstatt bloß reaktiver Arbeitsmarktpolitik das Arbeitsmarktförderungsgesetz stärker ausgeschöpft sehen will.
3. Ich finde es mutig, daß die Studie die Personalplanung des deutschen Unternehmertums angesichts neuer Technologien (Mikroelektronik) einer harschen Kritik unterzieht. Fast habe ich den Eindruck, man hätte großen Teilen des deutschen Managements gern den Mangel an Phantasie und Investitionsbereitschaft angesichts international sich verschärfender Wettbewerbssituationen vorgehalten - hätten in der zuständigen EKD-Kammer die Vertreter des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer nicht mit am Tisch gesessen.
4. Die von uns so herausgestellte Ergänzungsabgabe für Höherverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte erfährt eine positive Bewertung; es steht in der Studie aber kein Wort über den Sinn einer "Zwangsanleihe"!
5. Von hoher sozialetischer Bedeutung halte ich die Forderung, unsere Märkte für die Produkte der Dritten Welt gerade jetzt weit zu öffnen, obwohl damit einheimische Betriebe in eine nur schwer zu lösende Wettbewerbssituation geraten müssen. Die EKD mutet der deutschen Wirtschaft diesen Konflikt bewußt zu.
6. Verdienstvoll sind ferner der Einbezug von Ausländern, Jugendlichen, Frauen, sowie älteren und behinderten Arbeitnehmern in die Aufgabe, Arbeitsmarktprobleme human und solidarisch zu lösen.
7. Für weitblickend halte ich Aussagen in der Studie zum sogenannten alternativen Wirtschaften. Gemeint ist hier die Erwerbssicherung in kleinen, überschaubaren



Betriebsformen außerhalb der hochtechnisierten Industrie. Ich teile aber dabei die Bedenken der Verfasser: Inwieweit sie herkömmliche Formen der Arbeit in Einzelbereichen der Industriewirtschaft werden ablösen können, bleibt vorerst ungeklärt.

Neben diesen positiven Eindrücken habe ich aber auch an einigen Punkten kritische Rückfragen an die EKD-Studie:

1. Viel erwarten sich die Verfasser von Lohnzurückhaltung als ein Faktor zukünftiger Arbeitsplatzbeschaffung. Dem entsprechen Vorschläge für die Arbeitsumverteilung (Verlängerung des Jahresurlaubs, Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit und so weiter) ohne vollen Lohnausgleich. Obwohl ich meine, daß die bisherige Tarifpolitik der Gewerkschaften von Grund auf überdacht werden muß, sind bei dem EKD-Vorschlag die unteren Einkommensgruppen zu schlecht und die Arbeitgeber zu gut dabei weggekommen.
2. Ich vermisse in der Studie die Beschäftigung mit neuen Möglichkeiten der Einkommensbildung durch Beteiligungsformen am Betriebskapital, Investivlohn und ähnliches. Hiermit könnte unter Umständen ein Teil des Reallohnverzichts kompensiert werden. Wirtschaftsdemokratische Überlegungen spielen leider so gut wie keine Rolle.
3. Die Forderungen an den Staat (zum Beispiel Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen) gehören zu den weniger überzeugenden Teilen der Studie. Da nicht in erster Linie der Staat es ist, der als Investitionshemmer haftbar gemacht werden kann, sollte die Studie an dieser Stelle gründlich überdacht werden.
4. Als Sozialdemokrat werde ich den Eindruck nicht los, als sei diese Studie der Abschied von Vollbeschäftigung als Leitvorstellung der Wirtschaftspolitik. Sollte dem so sein, müßte auch die Kirche ihre wirtschafts-ethischen Forderungen zugunsten der Arbeitnehmer ein weiteres Stück konkretisieren, wenn nicht sogar radikalisieren im Sinne ihres Titels: Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen.
5. Natürlich kann eine Studie nicht alle neuralgischen Punkte unserer Wirtschaftsordnung streifen. Dennoch werden wir gerade die Kirche bitten müssen, die Widersprüche auf dem Geldmarkt stärker in Aussagen einzubeziehen und die zukünftige Rolle von Banken und Kreditinstituten stärker mit zu bedenken.

Diese kritischen Anmerkungen sollen nicht verdecken, daß sich gerade Sozialdemokraten gleich zu Beginn ihres Weges durch die Opposition in dieser Studie ein überaus positiver und weiterführender Denkanstoß bietet. Wir werden hierzu ein gesondertes Gespräch mit der EKD suchen. Bleibt zu hoffen, daß die EKD-Synode im November in Berlin in ihren Verlautbarungen nicht hinter diese Studie zurückfällt. (-/27.10.1982/bgy/ks/rs)

+ + +



Oberflächlich

Wie Herr Dr. Jenninger Fragen nach Personalkosten beantwortet

Von Dr. Karl-Heinz Klejdzinski

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nachdem die damalige Opposition im September mit der Begründung der Funktionslosigkeit die Abschaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre zur Entlastung des Haushalts gefordert hatte, hat eben diese Partei, kaum im Amt, vier zusätzliche Parlamentarische Staatssekretäre eingestellt.

Von der Logik der Handlungsweise verblüfft, stellte ich eine Anfrage folgenden Inhalts an die Bundesregierung:

1. Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre zu erhöhen und welche zusätzlichen Personalkosten einschließlich Vorzimmer, Persönliche Referenten et cetera entstehen dadurch?
2. Ist es vertretbar, nur aus dem Interesse der Parteien, Landesteile, Regionen und Religionen annähernd gleichgewichtig zu berücksichtigen, die Zahl der Mitglieder der neuen Bundesregierung zu erhöhen?

Dr. Philipp Jenninger, Staatsminister beim Bundeskanzler, beantwortete die Fragen wie folgt:

"Die Bestellung von vier zusätzlichen Parlamentarischen Staatssekretären dient dem alleinigen Zweck, den Bedürfnissen der künftigen Regierungstätigkeit Rechnung zu tragen und Akzente anders zu setzen.

So wird zum Beispiel der weitere Staatsminister beim Bundeskanzler für die Beziehungen zum Bundesrat zuständig sein. Dies ist eine Aufgabe, für deren Wahrnehmung vor 1969 ein eigenes Bundesministerium eingerichtet war.

Es ist nicht möglich, bereits heute im einzelnen anzugeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe zusätzliche Personalkosten für die Mitarbeiter der vier Parlamentarischen Staatssekretäre entstehen werden."

Nun, mit dieser Antwort war der neue Staatsminister schlecht beraten. Zum einen geht man nicht so oberflächlich mit den Anfragen eines Abgeordneten um, zum anderen hätte er sich schon vorher von der sozialdemokratischen Fraktion die Kosten für die Aufstockung der Bürokratie vorrechnen lassen können.

Die sozialdemokratische Fraktion informierte ihre Mitglieder, daß die Gehälter der vier Parlamentarischen Staatssekretäre zuzüglich der Gehälter der Persönlichen Referenten, Sekretärinnen, Fahrer und Unterhaltskosten für den Dienstwagen sich auf 1,4 Millionen DM jährlich belaufen.

Außerdem belasten die zehn entlassenen beamteten Staatssekretäre und die 30 ebenfalls in den Ruhestand geschickten Ministerialdirigenten die Haushaltskasse mit weiteren 350.000 DM Pensionskosten monatlich, das sind im Jahr über vier Millionen DM. Weitere in den einstweiligen Ruhestand geschickte Beamte werden folgen.

Wenn schon die feststehenden Kosten für Mitarbeiter nicht ermittelt werden können, wie will dann die Koalition mit einem so vielschichtigen Gebilde wie dem Haushalt 1983 fertig werden?

Aber vielleicht werden auch in der Haushaltsplanung ähnlich rechnerische Verrenkungen vollzogen, wie sie sich in der Berechnung der Gehälter der Minister zeigen. Statt der Fünf-Prozent-Kürzung der Minister-Gehälter wurden diese erst einmal um 3,6 Prozent angehoben, eben um die 3,6 Prozent, auf die das Kabinett Schmidt stillschweigend verzichtet hatte. Dann wurden die beträchtlichen Ortszuschläge ausgeklammert und schließlich die fünf Prozent abgezogen.

Fünf Prozent weniger Geld auch für die, die uns regieren, das klingt für den Bürger, der nun ja erheblich zur Kasse gebeten werden soll, wirklich nach der beschworenen "gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte", aber Bonner Haushaltsexperten haben errechnet, daß nicht einmal 40 DM in den Minister-Portemonnaies fehlen werden.

Sind das die neuen Signale, die die Koalition setzen wollte? (-/27.10.1982/ks/rs)

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
-----

Der alte Kampfbund wird unter neuen Bedingungen reaktiviert

Von Wilderich Freiherr Ostman von der Leye

Mitglied des Deutschen Bundestages 1969 bis 1976

Die Weimarer Republik war in den Augen vieler Bevölkerungskreise ein verachtenswerter Staat. Sie war nach ihrer Meinung das Werk der sogenannten Novemberverbrecher, - derjenigen also, die durch Meuterei dem unbesiegbaren Heer den Dolchstoß in den Rücken versetzt - und einen verehrungswürdigen Kaiser außer Landes gejagt hatten. Das Wunschbild vom unfehlbaren Herrscher, demgegenüber der unbedingte Gehorsam libidinöse Züge erhält, vernebelte jede rationale Einsicht in die wahren Zusammenhänge. Dazu kam der chauvinistische Machtanspruch der Alideutschen, die durch die Niederlage des Jahres 1918 keineswegs klüger geworden waren. Von der Furcht vor den Bolschewiki und den Enteignungsängsten des Bürgertums wollen wir gar nicht reden.

In dieser emotionalen Atmosphäre, von der wir uns heute kaum noch Vorstellungen machen können, bildeten sich die Freikorps mit ihrer kämpferischen Pseudokameradschaft. Die Nazis stießen im Jahre 1919 also auf einen fruchtbaren Boden, der ihnen eine rasante Entwicklung garantierte. Sie lieferten mit ihrer apokryphen Rassenlehre auf der einen Seite einen willkommenen Buhmann - und auf der anderen Seite das den Minderwertigkeitskomplex überdeckende Überlegenheitsgefühl des "Ariers" hinzu. Damit nicht genug. Auf der anderen Seite des Spektrums waren die Kommunisten auch nicht gerade zimperlich. Sie verübelten der Weimarer Republik, daß sie die Revolution von 1918 ökonomisch nicht vollendet hatte. Ihre revolutionäre Gewalt kämpfte für eine andere Republik und glaubte somit, sich nicht an formale Regeln halten zu brauchen.

Es gab in der Weimarer Zeit bekanntlich 48 verschiedene Parteien, von denen bis zu 32 im Reichstag vertreten waren. Die wenigsten von ihnen bekannten sich wirklich zu demokratischen Grundüberzeugungen. Vor allem die Sozialdemokraten trugen schwer an ihrem Los, die geistigen Väter der demokratischen Republik gewesen zu sein-, und trotzdem in der meisten Zeit nicht zu regieren. Aber auch das Zentrum und die Demokratische Volkspartei saßen im Zangengriff der rechts- und linksextremen Gruppierungen. Inzwischen hatten die Nazis und die Kommunisten schlagende Kampftruppen gebildet. SA war ja die Abkürzung für Sturm-Abteilung und die später gegründete SS hieß eigentlich Schutz-Staffel. Friedliche Versammlungen der demokratischen Parteien konnten kaum noch stattfinden, - und so hatten sich schon Anfang der zwanziger Jahre regionale Ordnungsgruppen gebildet, die die angreifenden Schlägertrupps abwehren sollten.

Nicht nur ein Kampfbund

Als um die Jahreswende 1923/24 die Übermacht der radikalen Gegner der Demokratie zu groß wurde, riefen der ehemalige Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, und der Journalist Höltermann die regionalen Selbstschutzgruppen der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und der republikanischen Parteien zu einer Zusammenkunft in Magdeburg auf. Dort wurde am 24. Februar 1924 das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Man bekannte sich auch deswegen im Namen zu den Reichsfarben, weil diese von den Deutschnationalen und den Nazis als Schwarz-Rot-Senf diffamiert wurden, - sie wollten ja das brutale Schwarz-Weiß-Rot -, und weil die Kommunisten die einheitliche rote Fahne vorzogen.

Da es sich um den Zusammenschluß der Schutzgruppen mehrerer demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Gruppen handelte, wurde im Paragraph 5 der Satzung festgelegt: "Im Bunde streng verboten ist die einseitige Parteipolitik, die Erörterung religiöser Fragen, gleich welcher Art, und die illegale Bewaffnung." Das Verbot der illegalen Bewaffnung zeigt, daß sich das Reichsbanner nicht nur als den Kampfbund verstand, für den ihn viele auch heute noch halten. Das Mißverständnis rührt daher, weil es sich in seinem Untertitel als Verband ehemaliger Frontkämpfer bezeichnete, - wohl um in seiner vaterländischen Gesinnung und in dem damaligen Idealbild des kämpferischen Helden dem Stahlhelm und dem Kyffhäuserbund nicht nachzustehen.



Die Satzung bezeichnete als den Hauptzweck des Reichsbanners die entschiedene Vertretung des demokratischen und republikanischen Gedankens durch Aufklärung und Bildung. Diesem gemeinsamen Konsens unterwarfen sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Reichswehrgeneral von Däumling, Professor Bergsträsser, Freiherr von Schoinaich-Colorath, Prinz zu Löwenstein-Freudenberg, Beverunge, von Willamowski und ein großer Teil der SPD-Führungsmannschaft, darunter Scheidemann, Seilmann, Löhe, Koch, Greuer, Scholz, Gerth Kerit Kühn und Wilhelm Högner. Einem anderen Teil der SPD war das Reichsbanner zu wenig wehrhaft. Es entstand damals die Spottbezeichnung "Reichsjammer", die man auch heute noch gelegentlich hört.

Das Reichsbanner hatte im Jahre 1932 3,5 Millionen Mitglieder. Diese Mitglieder erwarteten bei der Absetzung Carl Severings durch von Papen den Einsatzbefehl, der aber nicht kam. Ob er die Machtergreifung durch Adolf Hitler hätte verhindern können, ist eine Frage, die sich heute kaum entscheiden läßt. Bis zum 30. Januar 1933 verzeichnete das Reichsbanner 326 Tote in Notwehr- und Nothilfekämpfen und durch Meuchelmord. Von diesen kam bemerkenswerterweise genau die eine Hälfte durch die Nazis und die andere Hälfte durch die Kommunisten ums Leben. Die letzte Kundgebung des Reichsbanners fand noch am 19. März 1933, also fast zwei Monate nach der Machtergreifung durch die Nazis - unter der Leitung des Präsidenten Carl Höltermann und unter der Mitwirkung des damaligen Jugendgruppenleiters und heutigen Vorsitzenden Prinz zu Löwenstein in Berlin statt. Unmittelbar anschließend mußte ein erheblicher Teil in die Emigration fliehen. Die Verbleibenden stellten den größten Anteil der ersten KZ-Kontingente, wo viele von ihnen ihr Leben ließen. Es wird heute oft vergessen, daß die KZs nicht erst mit den Massenvernichtungslagern Auschwitz und Maidanek begonnen haben, sondern daß die Nazis ihre angeblichen Umerziehungs- und Schutzhaftlager bereits in den ersten Monaten des Jahres 1933 einrichteten. Von diesem Zeitpunkt an bestand eigentlich eine Widerstandspflicht.

#### Wiedergründung im Jahre 1954

Nach dem Kriege wurde das Reichsbanner erst im Jahre 1954 durch den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, Georg Prinz, wiederbegründet. Bis zu seinem Tode gehörte auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Darmstadt, Sabais, dem Vorstand an. Aus dem Untertitel verschwand die Bezeichnung "Verband ehemaliger Frontkämpfer". Es heißt jetzt "Verband aktiver Demokraten". Die alte Satzung hatte bereits die Pflicht, für Frieden und Völkerverständigung einzutreten, verankert. Es ist verständlich, daß sich der wiederbegründete Verband zunächst als Traditionsverband aus gemeinsamem Leiden verstand. Sein Hauptziel, die Demokratie zu festigen, schien durch das Grundgesetz, das die Grundrechte und das demokratische Wechselprinzip als unabänderliches, vorstaatliches Recht begreift, glänzend gesichert. Die an dieses vorstaatliche Recht gebundene Exekutive macht Schutzverbände eigentlich überflüssig. Der Begriff der "wehrhaften Demokratie" und die bedingungslose Ablehnung aller totalitären Systeme stützten sich ja auf Gedanken des Reichsbanners.

Auch in Bonn gab es nach dem Kriege wieder das Reichsbanner. Sein Vorsitzender war der damalige Geschäftsführer der SDP, August Kerger. Ich selbst trat dem Ortsverein im Jahre 1958 bei. Anfang der sechziger Jahre ereignete sich im Landesverband Nordrhein-Westfalen jedoch ein schlimmer Finanzskandal über Wiedergutmachungsgelder, in dessen Verlauf ein Gericht die Verbandsgelder einem Vorstandsmitglied zusprach, das dann mit diesen Geldern verschwand. Seit dieser Zeit gab es in Nordrhein-Westfalen das Reichsbanner nicht mehr, - und seit dem Tode August Kergers in Bonn ebenfalls nicht. Besonders im Frankfurter Raum, im übrigen Hessen und in Berlin ging die Arbeit weiter.

Den Landesverband Nordrhein-Westfalen jetzt wieder aufzubauen, ist eine schwierige Aufgabe, denn ein reiner Gedächtnisverband kann er heute nicht mehr werden. Der Wiederaufbau scheint mir aber notwendig, weil der Buchstabe einer Verfassung immer nur so viel wert ist, wie der Geist ihrer Bürger, die sie tragen. In einem Staat, dessen Obergerichte einem ausgewachsenen Oberlandesgerichtspräsidenten, der als besonders rabiater Blutrichter bekannt war, wegen seiner rechtspositivistischen Ausbildung einen beachtli-



chen Verbotsirrtum attestieren, der zum Freispruch führt und das Urteil gegen die Geschwister Scholl immer noch für rechtsverbindlich erklären, kann man Zweifel an der Dauer der Bußfertigkeit und der Einsicht, die im parlamentarischen Rat noch vorhanden waren, bekommen.

Totalitäre Geisteshaltungen nehmen heute wider Erwarten stark zu. Die Parteienverdrossenheit begünstigt den Ruf nach dem starken Mann. Die Parlamente werden schon wieder als Schwatzbuden diffamiert. Die demokratischen Parteien selbst verwechseln zunehmend Gegnerschaft mit Feindschaft und stellen das taktische Element zu stark in den Vordergrund. Schreckliche Vereinfachungen und Holzhämmer regieren die Stunde. Rechtsradikale Aktivitäten wurzeln in einer erschreckend primitiven Geisteshaltung. Man versucht oft, den sozialen und personalen Minderwertigkeitskomplex durch Gewaltanwendungen in vielen Bereichen in Selbstbewußtsein zu verwandeln. Gegen diese Gefahren müssen entschiedene Demokraten aktiv werden.

#### Die Demokratie in Krisenzeiten verteidigen

Natürlich kann das Reichsbanner heute kein Kampfbund mehr sein, der sich in Saal- und Straßenschlachten herumschlägt. Gott sei Dank besteht auch noch das vom Kontrollrat erlassene Uniformverbot. Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat, - und das sollte auch so bleiben. Wenn Gewalt als Mittel der Politik benutzt wird, haben Aufklärung und Bildung versagt. Nur wer wegen Reizüberflutungen seine rationale Kontrolle verliert, kann den Menschen nur als Mittel zum Zweck benutzen. Deswegen müssen wir uns verstärkt der Aufklärung über demokratische Formen der Konfliktaustragung und der Bildung in Grundwerten, Grundrechten und Grundpflichten widmen. Diese Arbeit kann nicht auf einzelne Parteien beschränkt bleiben.

Das Grundgesetz verlangt aktive Bürger, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. In einer Notwehrlage, die restriktiv rechtlich zu definieren ist, kann auch einmal tatkräftige Hilfe als Ordnung oder zur Hilfe von Ordnern oder zur Bewachung notwendig werden. Aber dies können nur extreme Ausnahmefälle sein, genau wie das grundgesetzlich garantierte Widerstandsrecht nur den rechtswidrigen Angriff auf den Bestand der Artikel 1 bis 20 betrifft. Niemand wünscht sich die Wiederkehr Weimarer Verhältnisse. Aber damit sie nicht wiederkehren, bedarf es nicht nur einer guten Politik und einer gesicherten ökonomischen Grundlage, sondern es bedarf vor allem entschiedener und aktiver Demokraten in allen Parteien und Gewerkschaften, die mit- helfen, daß die Demokratie sich nicht nur in gut Wetterzeiten, sondern auch im Sturm und Orkan bewährt.

(-/27.10.1982/v0-he/rs)

+ + +

